



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Inauguralrede und das Ministerium des Präsidenten Garfield.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

schwert, welche den Gang der Schraube sehr lähmen können. Keines dieser Sperrmittel an Hafeneinfahrten und Flußmündungen erreicht aber eine solche bedrohliche Widerstandsfähigkeit, wie sie jetzt die Seeminen darbieten. Sie bezeichnen daher für die Weise des Küstenkrieges einen ganz ausdrücklichen Wendepunkt, und zwar zu Gunsten der Defensiv. Zwar wird man sie unter Geschützfeuer zu halten haben, aber nicht mehr mit solchem Aufwande, wie ihn die bisherigen Sprengmittel erforderten; denn es wird nur der Abwehr der Versuche bedürfen, welche der Feind mit Booten von geringem Tiefgange unternimmt, um die Kabelleitungen aufzufuchen und zu zerstören. Das Legen mehrerer Minenreihen hintereinander wird natürlich das Vordringen des Gegners noch mehr verzögern, so daß man Zeit zur Verstärkung der angegriffenen Punkte gewinnt. Ein andrer ganz besondrer Vorzug der Seemine ist aber der, daß die Sperrungen in sehr kurzer Zeit, fast in einigen Stunden, und, wie wir gesehen haben, ganz gefahrlos herzustellen sind, und es sich im Zwang der Eile nicht mehr nothwendig macht, werthvolle Schiffe zu versenken, wie das noch 1859 vor Venedig geschah, wo zur Sperrung der Einfahrt des Malamocco drei der besten Lloyd-Dampfer mit solcher Ueberstürzung versenkt wurden, daß man sich nicht einmal die Zeit nahm, etwas von ihrer kostbaren Einrichtung zu retten. (Fortsetzung folgt.)



Die Inauguralrede und das Ministerium des Präsidenten Garfield.



Am 4. März d. J. um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags trat der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten, James A. Garfield, seine Administration an, nachdem kurz vorher der Vicepräsident Chester A. Arthur in der Halle des Bundes senats den Amtseid abgelegt hatte. In Gegenwart des Senats, des Repräsentantenhauses, des diplomatischen Corps und einer nach vielen Tausenden zählenden Versammlung hielt Garfield vor dem Haupteingange des Capitols zu Washington City entblößten Hauptes mit weithin vernehmbarer Stimme seine Inauguralrede, in der er in kurzen, prägnanten Zügen sein Regierungsprogramm zum Ausdruck brachte. Der Hauptinhalt dieser beachtenswerthen Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, ist etwa folgender.

Der neue Präsident wies einleitend darauf hin, daß gerade hundert Jahre und drei Tage vergangen seien seit der Annahme der ersten geschriebnen Verfassung

der Vereinigten Staaten. Die junge Republik sei damals von allen Seiten von Gefahren umgeben gewesen, sie habe sich noch keinen Platz in der Familie der Nationen erobert, die entscheidende Schlacht des Unabhängigkeitskrieges, deren hundertster Jahrestag in kurzer Zeit zu Yorktown gefeiert werden würde, sei noch nicht geschlagen gewesen. Die Gründer der Republik hätten nach kurzer Probezeit mit der ersten Verfassung gefunden, daß ein Staatenbund zu schwach sei, um den Bedürfnissen einer kräftigen und sich ausbreitenden Republik zu genügen, darum hätten sie kühn diese Staatsform bei Seite gelegt und unter einer neuen Constitution eine „nationale Union“ (a National Union) gegründet. Unter dieser Constitution seien die Grenzen der Freiheit erweitert, die Grundlagen der Ordnung und des Friedens befestigt worden, und das Wachstum in allen bessern Elementen des nationalen Lebens habe die Weisheit ihrer Gründer gerechtfertigt und den Nachkommen neuen Hoffnungsmuth eingeflößt. Unter dieser Constitution habe sich das amerikanische Volk andauernd gegen von außen kommende Gefahren sicher gestellt und auf allen Meeren seine Rechte gewahrt. Unter dieser Verfassung seien der Union 25 wohlgeordnete Staaten hinzugefügt worden. Die Rechtspflege dieser Verfassung herrsche jetzt auf einem Gebiete, das fünfzigmal größer sei als das der ursprünglichen 13 Staaten, und über eine Bevölkerung, welche die vom Jahre 1780 um das zwanzigfache übertreffe. Die härteste Probe habe die Verfassung unter dem furchtbaren Drucke des Bürgerkrieges bestanden, aus dem sie durch Blut und Feuer gereinigt und gestärkt hervorgegangen sei. Am Schlusse des ersten Jahrhunderts seiner nationalen Entwicklung habe das amerikanische Volk jüngst Rückschau über seine Lage gehalten, sein Urtheil über die Führung und die Ansichten der verschiedenen politischen Parteien gefällt und seinen Willen über die künftige Haltung der Regierung kund gethan. Diesem Willen in Einklang mit der Verfassung praktische Geltung zu verschaffen, sei die weitaus wichtigste Pflicht der executiven Gewalt. Aus dem Rückblicke auf die Geschichte der Vereinigten Staaten gehe deutlich hervor, daß das amerikanische Volk fest entschlossen sei, die gewonnene Freiheit unverkürzt aufrecht zu erhalten und alle jene gehässigen Streitigkeiten über Fragen, die unwiderlich gelöst seien und deren weitere Verfolgung nur neue Feindschaft hervorrufen und den gedeihlichen Fortschritt hindern könne, hinter sich zu lassen. Die nationale Autorität (the supremacy of the Nation) und das Ansehen des Gesetzes dürfe nicht länger einen Gegenstand der Erörterung bilden. Jener Zwist, der ein halbes Jahrhundert hindurch die Existenz der Union gefährdet habe, sei schließlich durch den hohen Gerichtshof des Krieges geschlichtet worden, und gegen den so gefällten Urtheilsspruch gäbe es keine Appellation. Die aus dem Bürgerkriege hervorgegangne Verfassung und die durch denselben nothwendig gewordenen Gesetze seien fortan das höchste Gesetz des Landes, bindend sowohl für die Einzelstaaten der Union wie für die gesammte Nation. „Dieses höchste Gesetz hebt nicht die Autonomie der Einzelstaaten auf, noch greift es störend in die zu deren localen Selbstregierung nöthigen Regeln ein; wohl aber bestimmt und hält es die dauernde Obergewalt (the permanent supremacy) der Union aufrecht. Der nationale Wille, ausgesprochen im Donner der Schlachten und durch die amendirte Constitution, hat das große Versprechen der Unabhängigkeitserklärung von 1776 erfüllt, wonach Freiheit durch das ganze Land allen Bewohnern desselben verheißen wurde. Die Erhebung der Neger-Rasse aus der Sklaverei zu den vollen Bürgerrechten ist die wichtigste politische Veränderung, welche die Vereinigten Staaten seit Annahme der Constitution von 1787 kennen; kein denkender Mensch kann den wohlthätigen Einfluß dieser Verfassungsänderung auf das amerikanische Volk und dessen Institutionen verkennen.

Wir wurden dadurch von der beständigen Gefahr eines Krieges und dem Auseinanderfallen der Union befreit. Die moralischen und die industriellen Kräfte unsers Volkes haben dadurch ungemein gewonnen. Sowohl der Herr, als der Sklave wurden der Beziehungen ledig, welche beide schädigten und schwächten. Mehr als fünf Millionen Menschen haben dadurch ihr Selbstbestimmungsrecht zurückerhalten, und einem jeden von ihnen ist die Bahn der Freiheit und Nützlichmachung eröffnet worden. Beide Rassen empfangen damit einen neuen Impuls, durch eigne Kraft sich Geltung zu verschaffen, indem die Arbeit für die eine Rasse ehrenvoller, für die andre nothwendiger wurde. Die Wirkung dieser treibenden Kraft wird mit jedem Jahre deutlicher werden und reichere Früchte tragen."

Präsident Garfield verkennt nicht, daß dieser gewaltige Wechsel in den frühern Sklavenstaaten der Union ernste Störungen veranlaßte; aber er betont auch mit Recht, daß der Wechsel „unvermeidlich“ (unavoidable) geworden war und daß die befreiten Neger schon jetzt begonnen hätten, mit Ernst und Umsicht für sich selbst zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit erklärte er mit aller Entschiedenheit, daß er von jeder durch das Gesetz ihm verliehenen Macht Gebrauch machen werde, um den Negern die ihnen gesetzlich zugestandnen Rechte zu gewährleisten, in erster Linie die freie Ausübung des politischen Stimmrechts. Zu verkennen sei allerdings nicht, daß ein den Unwissenden und Ungebildeten verliehenes Wahlrecht große Gefahren mit sich führe, aber diesen Gefahren könne und müsse dadurch begegnet werden, daß man die allgemeine Bildung und den Unterricht mehr fördere, als es bisher geschehen sei. Auch in dieser Beziehung müßten der Norden und der Süden zusammen wirken. „Es ist das erhabne Vorrecht und die heilige Pflicht der jetzigen Generation, ihre Nachfolger zu erziehen und sie durch Einsicht und Tugend zum Antritt des ihrer wartenden Erbes zu befähigen. Bei diesem wohlthätigen Werke sollten alle auf die Verschiedenheit der Landestheile und der Rassen gegründeten Vorurtheile schweigen und die politische Parteilichkeit ohne Einfluß bleiben. Wir stimmen, Mitbürger, heute in vielen Streitfragen vergangener Generationen in unserm Urtheile überein, und ebenso werden unsre Nachkommen in fünfzig Jahren in den Punkten vielfach übereinstimmen, die uns jetzt trennen. Sie werden sicher ihre Väter segnen und dem Gott ihrer Väter danken, daß diese Union erhalten blieb, daß die Sklaverei aufgehoben und beiden Rassen die Gleichheit vor dem Gesetze gewährt wurde. Wir mögen es beschleunigen oder verzögern, aber wir sind nicht im Stande, es zu verhindern, daß eine endgiltige Versöhnung stattfindet. Möge unser Volk, die Schlachtfelder alter Kämpfe (dead issues) hinter sich lassend, muthig vorwärts schreiten und im Vollbewußtsein der Freiheit und in dem Kraftgefühl der wiederhergestellten Union die großartigern Siege des Friedens gewinnen.“

Garfield ging hierauf auf die Finanzfrage über und schilderte die Politik seines Amtsvorgängers als segensbringend und heilsam für die Union. In Bezug auf die Doppelwährung ließ er sich so vernehmen: „Nach der Erfahrung der Handelsnationen aller Zeiten hat es sich herausgestellt, daß Gold und Silber die einzige sichere Grundlage für ein Münzsystem bilden. In letzterer Zeit ist eine gewisse Verwirrung (confusion) durch die Schwankungen in den relativen Werthen der beiden Metalle zu Tage getreten, aber ich glaube zuversichtlich, daß unter den Haupt handelsnationen Bestimmungen vereinbart werden können, welche den allgemeinen Gebrauch beider Metalle sichern. Der Congress sollte Anordnungen treffen, daß die vom Gesetze verlangte Zwangsprägung von Silber unser Goldsystem nicht in Verwirrung bringe und eins der beiden Metalle nicht aus dem Ver-

sehr gedrängt werde. Wenn möglich, sollte ein solcher Ausgleich getroffen werden, daß die Kaufkraft eines jeden geprägten Dollars auf allen Weltmärkten in seinem schuldzahlenden Werthe vollkommen gleich sei. Es ist eine Hauptpflicht der National-Regierung, in Hinsicht auf das coursirende Geld (coursing money) des Landes Geld zu prägen und dessen Werth festzustellen. Es erheben sich große Zweifel, ob der Congress nach der Verfassung befugt ist, irgend eine Art von Papiergeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel (legal tender) zu machen. Die gegenwärtige Ausgabe der Vereinigten Staaten-Noten wurde durch die Anforderungen des Krieges nothwendig; allein solches Papiergeld sollte bezüglich seines Werthes und Umlaufes von dessen Verkehrsbrauchbarkeit abhängen, nach dem Willen des Inhabers in klingender Münze einlösbar sein und keine Zwangs-circulation haben. Diese Noten sind kein Geld, sondern Zahlungsversprechen von Geld. Wenn der Inhaber es verlangt, sollte dem Versprechen nachgekommen werden. Die Refundirung der National-schuld zu einem niedrigeren Zinsfuß sollte ermöglicht werden, ohne zur Zurückziehung der National-bank-Noten zu führen und so die Geschäfte des Landes zu stören. Ich erlaube mir, auf die Stellung hinzuweisen, welche ich während meiner langjährigen Dienste im Congresse in finanziellen Fragen eingenommen habe, und zu erklären, daß Zeit und Erfahrung die Ansichten bekräftigten, welche ich in dieser Beziehung so oft ausgesprochen. So weit ich es verhindern kann, sollen während meiner Administration die Finanzen der Regierung keinen Schaden erleiden.“ Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß Präsident Garfield nicht gesonnen ist, dem Silber- und Papiergeldschwindel Vorschub zu leisten, sondern die gesunde Finanzpolitik seines Vorgängers zu befolgen.

Nach Erledigung der Finanzfrage gab Garfield in kurzen Worten seine Ansichten über die Hebung und Förderung der Agricultur, der Industrie und des Handels kund. Mit Bezug auf den interoceanischen Canal erklärte er: „Die Entwicklung des Welthandels hat die Abkürzung des ungeheuern Seeweges um das Cap Horn herum durch den Bau von Schiffscanälen oder Eisenbahnen über den Isthmus, der beide Continente verbindet, zu einem dringenden Bedürfnis gemacht. Es liegen zu diesem Zwecke verschiedene Pläne vor, deren Berathung nöthig ist; noch ist aber keiner davon so weit zur Reife gediehen, um eine pecuniäre Unterstützung durch die Vereinigten Staaten zu rechtfertigen. Der Gegenstand wird übrigens die Aufmerksamkeit der Regierung sehr bald in Anspruch nehmen, und zwar im Sinne des Schutzes der amerikanischen Interessen. Wir befürworten keine eng-herzige Politik und beanspruchen keine besonderen oder exclusiven Privilegien auf irgend einer Handelsstraße, aber wie mein Vorgänger erachte ich es für das Recht und die Pflicht der Vereinigten Staaten, über jeden interoceanischen Canal durch den Isthmus, der Nord- und Südamerika verbindet, eine solche maßgebende Obergewalt (such supervision and authority) geltend zu machen und zu behaupten, wie sie zum Schutze unsrer nationalen Interessen nöthig ist.“

Wie Garfield sich in der Finanzfrage und in Bezug auf den interoceanischen Canal der Politik des Präsidenten Hayes anschloß, so that er dies auch hinsichtlich der Mormonenfrage. Nach seinem Ermessen sollte der Congress, während er jede religiöse Ueberzeugung und Neigung gewissenhaft zu achten hat, innerhalb seiner Jurisdiction alle verbrecherischen Handlungen verbieten, namentlich solche, welche die Grundlage des Familienlebens zerstören und die gesellschaftliche Ordnung gefährden. Keiner kirchlichen Organisation (ecclesiastical organisation) dürfe es gestattet sein, „nur im mindesten sich die Functionen und Machtbefugnisse der National-Regierung anzumaßen.“

Was die so viel und so oft ventilirte Civildienst-Reform anlangt, so erklärte Garfield, daß dieser Gegenstand nur durch ein Gesetz in zufriedenstellender Weise regulirt werden könne, sowohl zum Schutze derer, die mit dem Anstellungsrecht betraut sind, als zum Schutze der Inhaber von Staatsämtern gegen Intriguen und Unrecht. Man dürfe nie vergessen, daß die Staatsämter nicht zum besten der Inhaber oder der Freunde der Inhaber da seien, sondern nur im Interesse des Gemeinwohls. „Und jetzt,“ so schloß Garfield seine von allen Parteien mit Beifall aufgenommene Rede, „stehe ich im Begriff, das große Vertrauensamt, das Sie, meine Mitbürger, in meine Hände gelegt haben, zu übernehmen. Ich bitte Sie um jene ernste, wohlüberlegte Unterstützung, welche diese Regierung wie dem Gesetze, so auch der That nach zu einer Volksregierung macht. Ich werde zum großen Theile auf die Weisheit und den Patriotismus des Congresses und jener Männer angewiesen sein, welche mit mir die Verantwortlichkeit und die Pflichten der Verwaltung theilen. Vor allem aber ersehe ich für unsre Bemühungen, die Wohlfahrt dieses großen Volkes und dieser Regierung zu fördern, inständig die Hilfe und den Segen des allmächtigen Gottes.“ Nach dem Schlusse der Rede nahm der Oberrichter Waite dem neuervählten Präsidenten in der hergebrachten Weise den Amtseid ab.

Am folgenden Tage, dem 5. März, trat der Bundes Senat zu einer Executiv-Sitzung zusammen, um die Botschaft des Präsidenten zu empfangen, in welcher er dem Senate die Namen der von ihm ernannten Mitglieder seines Cabinets zur Bestätigung vorlegte. Die betreffende Liste enthielt folgende Namen: James G. Blaine von Maine als Staatssecretär, William Windom von Minnesota als Finanzminister, William H. Hunt von Louisiana als Marineminister, Robert T. Lincoln von Illinois als Kriegsminister, Wayne MacVeagh aus Pennsylvanien als Justizminister, Thomas L. James aus New-York als General-Postmeister und Samuel J. Kirkwood aus Iowa als Minister des Innern. Da nicht alle Senatoren mit den genannten Minister-Candidaten sofort einverstanden waren, so entspann sich nach der Verlesung der Botschaft eine längere Debatte, in welcher die Senatoren Cameron und Davis den Antrag auf eine Vertagung der endgiltigen Abstimmung stellten, während der Senator Garland sogar einen offenen Widerspruch gegen die Ministerliste erhob, den er jedoch nach einiger Zeit wieder zurückzog. Endlich wurde der Antrag gestellt, daß man die Ernennung von James G. Blaine, William Windom und Samuel J. Kirkwood für die erwähnten Ministerposten billigen möchte. Nachdem dies geschehen, wurde Robert T. Lincoln auf Antrag des demokratischen Senators Voorhees ebenfalls als Kriegsminister bestätigt, dasselbe geschah mit William H. Hunt als Marineminister auf Antrag des Senators Jonas aus Louisiana. Nun war an einen erfolgreichen Widerspruch nicht mehr zu denken, Garfield hatte gesiegt; denn Cameron trug nun selbst auf Bestätigung von MacVeagh und Conkling auf die von Thomas L. James an. Im allgemeinen findet übrigens die Ministerliste den Beifall sowohl der republicanischen wie der demokratischen Partei; die Neuenlandstaaten sind auf derselben in hervorragender Weise durch Blaine aus Maine repräsentirt, der Westen der Union ist durch Windom und Kirkwood vertreten, der Süden durch Hunt, und die Mittelstaaten haben in Lincoln (dem Sohne Abraham Lincolns), MacVeagh und James eine genügende Vertretung gefunden. Zu beachten ist, daß der neue Finanzminister Windom in allen wichtigen Finanzfragen fast ganz dieselbe Politik befolgt, wie sie sein verdienstvoller Amtsvorgänger John Sherman zum Heile der Union inauguirte. Auch der neuernannte General-Postmeister James soll für sein Amt ganz besonders befähigt sein. Ein anderer Vorzug des neuen Cabinets besteht darin, daß dasselbe Vertreter der verschiedenen Richtungen in der

republicanischen Partei in sich vereinigt und so dazu beitragen dürfte, diese Partei in allen Hauptfragen gegenüber den bekanntlich nicht immer zu billigen Bestrebungen der Demokraten als geeinigt erscheinen zu lassen. Einen innern Zwiespalt im Ministerium selbst wird aber Präsident Garfield durch Weisheit und Umsicht zu vermeiden wissen.



Aus Baden.



ie Verlobung, die am 12. März zwischen der Prinzessin Victoria von Baden, der neunzehnjährigen einzigen Tochter des Großherzogs, mit dem Kronprinzen Gustav von Schweden geschlossen wurde, nahm das öffentliche Interesse lebhaft in Anspruch und hat in allen Schichten des Volkes eine große und freudige Theilnahme hervorgerufen, die sich in vielfachen und begeisterten Kundgebungen offenbarte. Denn wie unser Herrscherpaar jede Gelegenheit wahrnimmt, zu weitem Kreisen in Beziehung zu treten und seine rege Theilnahme an dem Ergehen des Volkes an den Tag zu legen, so benutzt auch das Volk wiederum gern jede Veranlassung zu zeigen, wie innige Bande Fürst und Volk umschließen. Dem jugendlichen schwedischen Thronerben bringt man hier warme Sympathien entgegen. Diese wird er aber auch über unsere engere Heimat hinaus, im ganzen deutschen Vaterlande, schon um deswillen finden, daß er sich die künftige Gattin aus einem der nationalsten und freisinnigsten deutschen Fürstenhäuser gewählt hat, als dessen charakteristische Züge nationale Gesinnung und patriotische Opferwilligkeit, tiefe und echt protestantische Frömmigkeit, treuer und inniger Familiensinn vor allem hervorleuchten. Man wird hieraus die schöne Hoffnung schöpfen dürfen, daß Schweden-Norwegens Stellung zu Deutschland künftig vielleicht mit noch größerer Entschiedenheit eine deutschfreundliche werden wird als bisher, und daß die für den Particularstaat verwandtschaftlichen Bande für das Reich zu unlöslichen politischen werden. Die Zeit ist ernst, und der Ausblick in die Zukunft bedrohlich genug, um eine derartige Freundschaft für uns wünschenswerth zu machen.

Die Secession, dieser wunderbare Versuch, durch Zersplitterung zur Einheit zu gelangen, ist auf die politischen Verhältnisse Badens nicht ohne Rückwirkung geblieben. Wie in Württemberg und Baiern, fand dieselbe zwar auch in der badischen Bevölkerung wenig Beifall, und das einflußreichste Blatt des Landes, die „Bad. Landeszeitung,“ nahm vom ersten Augenblicke an gegen die Secession eine so entschieden feindliche Haltung an, daß sie dadurch in die Partei selbst da, wo man noch schwankte oder durch den secessionistisch-antisecessionistischen Weitzanz eines Frankfurter nationalliberalen Blattes ins Schwanken gerieth, eine feste Haltung hineintrug; immerhin aber war man zweifelhaft, wie die badischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten sich zu den frühern politischen Freunden stellen würden, obgleich sie in den letzten Monaten sich mehr auf Herrn v. Bennigsen als auf die Seite der Lascker, Forckenbeck, Bamberger gestellt hatten. Daher begrüßte man es in allen liberalen Kreisen als eine erlösende That, als die „Badische Correspondenz“